

Herr Köhler stellte den Antrag der Fraktion AUFBRUCH! vor. Es handele sich um die Bekräftigung eines bestehenden einstimmigen Ratsbeschlusses vom 05.10.2011.

Für die SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN signalisierten Herr Knülle und Herr Metz Zustimmung zu der Bestätigung des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2011.

Frau Jung sprach sich gegen eine nochmalige Beschlussfassung aus. Dem schloss sich Herr Schell für die CDU-Fraktion an. Der damalige Beschluss werde weiterhin als richtig angesehen. Auf Nachfrage teilte der Bürgermeister mit, dass nach den Landtagswahlen der Ratsbeschluss vom 05.10.2011 nicht erneut an die neue Landesregierung übersandt wurde. Er gehe davon aus, dass das Schreiben der Stadtverwaltung bei der neuen Landesregierung weiterhin Gültigkeit habe. Vor diesem Hintergrund hielt es Herr Schell grundsätzlich für nicht dienlich einen bestehenden Beschluss nochmals zu bestätigen.

Herr Metz vertrat die Auffassung, die Landesregierung habe bereits alles Mögliche unternommen, den Nachtflugbetrieb zu unterbinden. Adressat eines neuerlichen Beschlusses sollten die für die Region zuständigen Bundestagsabgeordneten, der zuständige Bundesminister und die Bundesregierung sein.

Herr Schell schlug vor, er werde die Bundestagsabgeordneten der CDU auf Kreisebene im Sinne des Ratsbeschlusses aus dem Jahre 2011 anschreiben. Er bat daher darum, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Waldästl befürchtete eine negative öffentliche Wirkung, wenn der Antrag zurückgezogen oder abgelehnt wird. Dies könne suggerieren, der Rat stehe nicht mehr zu seinem damaligen Beschluss.

Frau Jung erklärte im Falle einer Abstimmung über den Antrag, dass sich die FDP-Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

Auf Antrag von Herrn Schell unterbrach der Bürgermeister für 10 Minuten die Sitzung.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte Herr Schell, die CDU-Fraktion bleibe aus den bereits genannten Gründen bei ihrer ablehnenden Haltung zu dem Antrag. Die CDU-Fraktion werde die Bundestagsabgeordneten der CDU auf Kreisebene im Sinne des Ratsbeschlusses vom 05.10.2011 unmittelbar anschreiben.

Herr Köhler ergänzte den Antrag seiner Fraktion um folgenden Satz: „Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert zudem die für Sankt Augustin zuständigen Bundestagsabgeordneten auf ihren Einfluss im Sinne des Antrages geltend zu machen.“

Frau Jung widersprach einer solchen Formulierung. Es müsse auf die bestehende Beschlusslage hingewiesen werden.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag mit der von Herrn Köhler vorgetragenen Ergänzung abstimmen.

**Jastimmen 21**

**Neinstimmen 24**

**Enthaltungen 1 – damit ist der Antrag abgelehnt**